

SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Antrag Nr. 2569/2015)

Eingereicht am 18.11.2015 um 12:25 Uhr.

Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss, Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung

Anderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Drucks. Nr. 1810/2015 (Haushaltssicherungskonzept 2015 bis 2018 - HSK IX+)

Änderungsantrag zu beschließen:

Der Text in DS 1810/2015 wird unter Punkt 2.1 nach „[...]haushaltsneutral aufgebracht werden können.“ wie folgt ergänzt:

Es wird innerhalb der nächsten drei Jahre (2016 – 2018) zusammen mit den unmittelbar Beteiligten (Politik, Träger der Jugendhilfe, Schulen und deren Kooperationspartnern, dem Stadtelternrat, Stadtschülerrat) ein Rahmenplan zur Zusammenführung von Horten und Grundschulen erarbeitet. Das Grundprinzip des Rahmenplans soll das Beste aus beiden Welten vereinigen, um eine solide Betreuungs- und Förderqualität zu erreichen.

Dabei soll die Betreuung vom Kind aus gedacht werden. Die Qualität der Grundschulkinderbetreuung misst sich an der Zufriedenheit der Eltern und der gelingenden bestmöglichen Förderung aller Kinder. Daher sind für alle Grundschul- und Hortstandorte kreative Lösungen zur Integration der Schulen, der Horte, der Innovativen Modellprojekte und der Schulergänzenden Betreuungsmaßnahmen zu entwickeln.

Ein erster Schritt ist die Durchführung einer gemeinsamen Anhörung von Schul- und Jugendhilfeausschuss mit der Präsentation von „Best Practice“-Beispielen aus Hannover und anderen Städten. Daran schließt sich ein praxisbezogener Fachtag als Auftakt für die Konzeptentwicklung an.

Für jeden Standort wird unter Beteiligung der relevanten Gruppen ein Konzept zur lokalen Umsetzung erarbeitet, das in den betreffenden Ausschüssen gemeinsam vorgestellt und beraten wird.

Die Verwaltung unterrichtet die Ausschüsse mindestens halbjährlich über den Stand der Planungen.

Die vorhandenen personellen Ressourcen aus den beiden aktuellen Systemen werden im neuen System zusammengeführt.

Der Ausbau von einzelnen Standorten zu Familienzentren ist zu prüfen.

Begründung:

Es gibt in Hannover vielfältige Angebote zur Grundschulkinderbetreuung außerhalb der Unterrichtszeiten. Das Ziel ist es, diese Angebote zu verzahnen. Eine solche Verzahnung kann aber nur gelingen, wenn alle Beteiligten in den Entscheidungs- und Gestaltungsprozess mit einbezogen werden und auch die Eltern Vertrauen in die Betreuung

legen. Dafür braucht es geeignete Beteiligungsprozesse. Ziel ist die gebundene oder teilgebundene Ganztagsgrundschule. Dafür müssen die Schulen als Lebensraum umgestaltet werden. Dies erfordert nicht nur Mensen und Freizeitbereiche, sondern z.B. auch Rückzugsmöglichkeiten und die besondere Berücksichtigung der Inklusion.

Die in der Umsetzung des HSK IX+ beabsichtigte „Qualitätsoffensive Ganztagsbetreuung für Schulkinder“ bedeutet einen Paradigmenwechsel gegenüber dem bisherigen System und bedarf einer nachhaltigen Konzeptentwicklung und Begleitung. Daher müssen alle beteiligten Bereiche in die Entwicklung der Konzeption einbezogen werden, um zu einem für alle Seiten zufriedenstellendem Ergebnis zu gelangen.

Den Auftakt zum Prozess der Qualitätsoffensive sollen eine gemeinsame Anhörung und ein zentral organisierter Fachtag für alle beteiligten AkteurInnen darstellen, der, in späteren Workshops verfeinert, herausarbeiten soll, was Kinder in welchem Alter an Ganztagsbetreuung brauchen. Die Ergebnisse hieraus sollen in die Konzeptentwicklung integriert werden. Dabei soll die Konzeptentwicklung vom Kind aus gedacht werden und den Bedürfnissen der Kinder, die fast ihren gesamten Tag an der Schule verbringen, Rechnung getragen werden.

An einzelnen Standorten kann die Zusammenführung von Schule und Hort zu einem Familienzentrums sinnvoll sein und soll daher jeweils ebenfalls Bestandteil der Standortbetrachtung sein.

Christine Kastning

Freya Markowis

Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzende

Hannover / 18.11.2015